

TEXT PODCAST

13. September 2010

**Sendefähiger Audiobeitrag zum Thema:
„Verbraucherschutz in die Finanzaufsicht“**

Die Bundesregierung muss die Finanzaufsicht zügig reformieren und den Verbraucherschutz dabei effektiv verankern. Das fordern der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in einer gemeinsamen Erklärung.

Link zur Pressemitteilung <http://www.vzbv.de/go/presse/1373/index.html>

O-Töne mit

- **Gerd Billen, Vorstand Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv)**
- **Claus Matecki, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)**

Beitrag

Zwei Jahre ist es nun her, dass die US-Bank Lehman-Brothers zusammenbrach und in der Folge eine weltweite Finanzmarktkrise auslöste. Nicht nur Banken, auch viele Verbraucher in Deutschland verloren viel Geld, weil man Sie nicht ausreichend über das Verlustrisiko von Wertpapieren aufgeklärt hatte. Mittlerweile müssen Anlagegespräche protokolliert werden und auch die Verjährungsfrist bei Beratungsfehlern in Anlagegesprächen ist verlängert worden. Doch in der deutschen Finanzaufsicht scheint der Verbraucherschutz noch nicht angekommen zu sein, kritisiert Gerd Billen, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands:

O-Ton 1 Gerd Billen, Vorstand Verbraucherzentrale Bundesverband (0:17 Min)

Bei der Aufsicht hat sich in Deutschland noch nichts geändert in den letzten zwei Jahren, und während andere Länder schon Verbraucherinstitutionen im Bereich Finanzwirtschaft aufgebaut haben oder aufbauen, wie die USA, wird in Deutschland noch gestritten, wie man das machen muss. Wir haben hier einen Stillstand in der Debatte und damit kann ich nicht zufrieden sein.

Für Verbraucher ist Besserung kaum in Sicht. Freie Fondsvermittler sollen auch in Zukunft nicht von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht beaufsichtigt werden und auch die von Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner angekündigten Produktinformationsblätter zu Anlagefragen halten nicht das, was sie versprechen, so Gerd Billen:

O-Ton 2 Gerd Billen, Vorstand Verbraucherzentrale Bundesverband (0:36 Min)

Der jetzige Gesetzentwurf enthält nur die Bestimmung, dass ein solches Informationsblatt im Beratungsgespräch vorgelegt werden muss. Es ist keine Rede mehr davon, dass ich vorher mir im Internet ansehen kann, wie das Produkt objektiv und neutral beschrieben ist, es ist keine Rede mehr davon, dass ich mir vorher selbst ein Bild davon machen kann. Statt die Mündigkeit des Verbrauchers zu fördern, wie das die Bundesregierung gern in ihren Aussagen führt, wird hier die Entmündigung der Verbraucher fortgesetzt, weil man ihnen schlicht die Informationen vorenthält, die Voraussetzung für eine vernünftige Beschäftigung mit dem Thema sind.

Ohne eine verbraucherorientierte Reform der Finanzaufsicht bleiben viele Einzelmaßnahmen zum Anlegerschutz ohne Durchschlagskraft, so Gerd Billen weiter. Die Bundesregierung muss die Finanzaufsicht zügig reformieren und den Verbraucherschutz dabei effektiv verankern. Das fordern der Verbraucherzentrale Bundesverband und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in einer gemeinsamen Erklärung. Claus Matecki, Vorstandsmitglied des DGB, begrüßt zwar den kürzlich vorgelegten Diskussionsentwurf aus dem Bundesfinanzministerium zur Stärkung des Anlegerschutzes als ersten Schritt, - das allein reicht jedoch nicht:

O-Ton 3 Claus Matecki, DGB

(0:27 Min)

Wir fordern deshalb statt weiterer Sonntagsreden endlich Taten von der Politik. Die Finanzmärkte müssen reguliert und die Banken und Finanzinstitute an die Kette gelegt werden. Wir fordern: Kein Finanzprodukt darf zukünftig ohne Aufsicht bleiben, Aufsichtslücken müssen geschlossen werden, und die Kontrolle des Verkaufs muss zu Gunsten fairer Arbeitsbedingungen in den Banken und anlagegerechter Verbraucherberatung vorangetrieben werden.

Doch die Debatten um Zuständigkeiten nehmen kein Ende, und es scheint, als wüsste die Bundesregierung noch immer nicht, wie sie die Finanzaufsicht reformieren soll. DGB und Verbraucherzentrale Bundesverband fordern einen verlässlichen gesetzlichen Rahmen. Gerd Billen betont, dass die Finanzaufsicht nicht weiter zersplittern darf:

O-Ton 4 Gerd Billen, Vorstand Verbraucherzentrale Bundesverband (0:25 Min)

Dazu ist es erforderlich, dass Verbraucherschutz als Aufsichtsziel ganz klar gesetzlich verankert wird. Das ist heute nicht der Fall, und wer sich mit der Bundesbank oder der BaFin unterhält, wird ganz klar feststellen, dass diese Institutionen selbst wenn sie wollten aufgrund des Mangels eines gesetzlichen Auftrages für den Verbraucherschutz nicht das tun können, was sie selbst für nötig halten.

Weitere Anliegen an die Politik sind ein Beschwerderecht für Verbraucherorganisationen und auch ein Verkaufsverbot von besonders riskanten Anlagen an den normalen Verbraucher. Denn der hat bereits bei der letzten Krise draufgezahlt. Noch einmal soll das nicht passieren.